

# NEIN ZUM MEHRWERTGESETZ



Medienkonferenz „Nein zum Mehrwertgesetz“

## Wir sind die Geprellten

**Liestal, 10. Januar 2019** – Mit einer Medienkonferenz im Landratssaal hat das Gemeindegemeindekomitee „Nein zum Mehrwertgesetz“ den Abstimmungskampf eingeläutet. Unterstützt wurden die Rednerinnen und Redner von rund dreissig Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

Die Argumente der Gemeinden legten in kurzen Referaten Reto Wolf, Gemeindepräsident Therwil, Christine Mangold, Gemeindepräsidentin Gelterkinden, Urs Kaufmann, Vizepräsident Gemeinderat Frenkendorf & Präsident der landrätlichen Bau- und Planungskommission, Heidi Frei, Gemeinderätin Münchenstein.

So meinte Reto Wolf: „Unsere Forderung ist konsequent: Die Gemeinden müssen autonom darüber entscheiden können, ob sie eine Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonen erheben wollen oder nicht.“ Er schloss seine Ausführungen: „Immer wenn die Wirtschaftskammer von Fairness spricht, wissen die Baselbieterinnen und Baselbieter, dass das Gegenteil gemeint ist. Mit einem «Nein zur Mehrwertabgabe» wird der Weg frei gemacht für ein Gesetz, das die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt.“

Christine Mangold unterstrich: „Keine einzige Gemeinde will die Grundeigentümer schröpfen. Wir fordern lediglich einen Beitrag, damit wir unsere Kosten decken können. Es ist nicht fair, solche Mehrkosten einfach auf alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abzuwälzen. Unsere Feststellung „Die Gemeinden sind die Geprellten“ ist keineswegs übertrieben.“

Urs Kaufmann erinnerte daran, dass der Kanton anderer Meinung war als der Landrat: „Die Baselbieter Regierung hatte ursprünglich den Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, dass sie bei Um- oder Aufzonen eine Mehrwertabgabe



von maximal 30 % durch den Einwohnerrat oder die Gemeindeversammlung beschliessen können.“

Auf die bisherigen Erfahrungen mit ihrer Mehrwertabgabe ging die Münchensteiner Gemeinderätin Heidi Frei ein: „Es wird behauptet, dass die Mehrwertabgabe auf Um- und Aufzonungen Grundeigentümer abschrecken. Das ist purer Unsinn. Unsere ganz konkreten Erfahrungen in Münchenstein zeigen, dass die Mehrwertabgabe der Gemeinde, wie sie im eidg. Raumplanungsgesetz ausdrücklich vorgesehen ist, überhaupt kein Problem darstellt.“

Im Namen des VBLG versicherte die Präsidentin des Verbandes, Bianca Maag, dass der VBLG voll und ganz hinter dem Anliegen der Gemeinden stehe: „Für den VBLG ist es völlig unverständlich, dass der Kanton den Gemeinden verbieten will, bei Um- und Aufzonungen eine Mehrwertabgabe zu erheben.“

**Hans Ulrich Nabholz**

lic. iur., Rechtsanwalt / Executive MBA

Stv. Gemeindeverwalter

Leiter Rechtsdienst / Bildung / Sicherheit Bahnhofstrasse 33

4106 Therwil 061 725 22 36

[hansulrich.nabholz@therwil.ch](mailto:hansulrich.nabholz@therwil.ch)

[www.therwil.ch](http://www.therwil.ch)